

A Sachanträge zum Hauptthema des Landesparteitages

ÄA 1.1 Änderungsantrag (Ergänzungsantrag) zum Leitantrag „Eckpunkte zur Energiestrategie der LINKEN Sachsen – für ein zukunftsfähiges Energieprogramm Sachsen 2020“

EinreicherInnen: Dietmar Braune, Dr. Michael Friedrich, Dr. Bernd – Uwe Haase, Dr. Horst Klengel, Dr. Michael Röhner, Heinz Mettig, Thomas Kind, Heike Haase

Beschlussvorschlag:

1. Der 5. Landesparteitag fasst keinen Beschluss zur Energiestrategie der LINKEN in Sachsen. Beide Papiere bilden stattdessen die Grundlage für die weitere Diskussion zu diesem Thema, sowie zur Erarbeitung weiterer Arbeitspapiere.
 2. Sollte der Parteitag sich dafür entscheiden, Eckpunkte zu beschließen, bildet das folgende von uns erarbeitete Papier die Diskussionsgrundlage und ersetzt den Leitantrag des Landesvorstandes.
-

I. Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft

Die Gesellschaft sozial-ökologisch umzubauen, ist ein zentrales programmatisches Reformprojekt der Partei DIE LINKE. Sachsen. Dieser Umbau betrifft nicht nur die energetische Basis der industriellen Produktion oder die Netzinfrastruktur. Er betrifft sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, u. a. eine umweltgerechte Entwicklung von Mobilität, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, die Ressourcenwirtschaft, darüber hinaus die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Kommunikationsmöglichkeiten, die Wärmedämmung und Wärmeversorgung von Wohnungen und Gebäuden. Ohne Zugang zu Energie würde die Lebensweise in den entwickelten Industriestaaten nicht funktionieren. Heutige politische Entscheidungen sollen so getroffen werden, dass die Lebensbedürfnisse und Perspektiven auch zukünftiger Generationen berücksichtigt werden. Die Transformation des bisherigen Energiesystems ist neben vielen anderen eine wesentliche Frage beim sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Das Erreichen dieses Ziels setzt verstärkte Maßnahmen zum Energiesparen und Investitionen in Energieeffizienz in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen voraus. Die vorliegenden Eckpunkte konzentrieren sich auf die entscheidende Fragestellung nach der Transformation des Energiesystems.

DIE LINKE Sachsen, wird aufbauend auf den Eckpunkten zur Energiestrategie (Umbau Energiewirtschaft), eine Konzeption zur Energieeffizienz, Energiesuffizienz, für einen Umstieg in der Mobilität und bei der Sanierung der Gebäude folgen lassen.

1. Umbau der Energieerzeugung und Versorgung als sozial-ökologische Herausforderung der Zukunft – der Energiepreis als Brotpreis im 21. Jahrhundert

Der bezahlbare Zugang zu einer sicheren, klimaverträglichen Strom- und Wärmeversorgung für alle Menschen in Gegenwart und Zukunft ist die elementare Voraussetzung für ein gutes Leben und für eine funktionierende Wirtschaft. Weltweit sind mehr als 1 Milliarde Menschen vom Zugang zur Energieversorgung ausgeschlossen. Aber auch in Deutschland können immer mehr Menschen ihre Heiz- und Stromkosten nicht mehr bezahlen. Sie werden durch Abschaltungen vom Zugang zur Energieversorgung ausgeschlossen. Das ist nicht hinnehmbar.

32 Die weltweite steigende Nachfrage nach fossilen Energieträgern wie Erdöl, Erdgas aber auch Uran lässt
33 vermuten, dass die Rohstoffpreise ansteigen werden, so dass die Energieversorgung als soziale Frage
34 stärker in den Mittelpunkt rückt.
35

36

37 **2. Leitbild für ein zukunftsfähiges Energieprogramm Sachsen**

38

39 Ein für Sachsen gültiges Energieprogramm muss sich einbetten in die heute geltenden internationalen,
40 EU-weiten und bundesdeutschen Rahmenbedingungen. DIE LINKE. Sachsen legt mit ihrer
41 Energiestrategie 2020 für Sachsen **Eckpunkte für ein zukunftsfähiges Energieprogramm** vor. Der
42 sich bereits vollziehende **Transformationsprozess in der Energiewirtschaft als Umbau des**
43 **Energiesystems** macht um Sachsen keinen Bogen. Denn die Art und Weise der Energieerzeugung und
44 Versorgung wie z.B. der Mix der Energieträger, die Strukturen in der Energiewirtschaft sowie die
45 Versorgungsstrukturen beeinflussen die gesamte Wirtschafts- und Lebensweise.
46

47

48 Die Energiestrategie der LINKEN in Sachsen orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Sie ist
49 **vorrangig**, der Umweltverträglichkeit, der **sicheren** und einer **bezahlbaren** Energieversorgung
50 verpflichtet. Der langfristige Umstieg setzt allerdings große Anstrengungen zum **Energiesparen** und zur
51 **Energieeffizienz** in allen Lebensbereichen voraus. Vor allem aber hat Politik die Aufgabe, die
52 ordnungsrechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen langfristig für die Energiewirtschaft so zu
53 setzen, dass dieser Umbau gelingt.

54

55 Die Zeit bis 2020 soll nach dem Willen der LINKEN für Sachsen genutzt werden, politische
56 Entscheidungen zugunsten eines **Entwicklungspfades** zu treffen, der auf die konsequente Gestaltung
57 eines Energiemixes aus allen verfügbaren Strom- und Wärmeerzeugungstechnologien mit einer
58 entsprechenden nachhaltigen Netzinfrastruktur und Speicherkapazitäten setzt, um den sozialen
59 Ansprüchen unserer Partei gerecht zu werden..

60 Die gegenwärtig gültigen politischen Rahmenbedingungen für diesen Transformationsprozess sind vor
61 diesem Hintergrund einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Dazu zählen die Gesetze zur Förderung
62 der Strom- und Wärmeerzeugung aus regenerativen (erneuerbaren) Energien (EEG und EWG), der
63 Ausstieg aus der Atomenergie und Steinkohleverstromung, die Energieeinsparverordnung, zum Teil die
64 Energiesteuer sowie der CO₂-Emissionshandel.
65

66

67

68 **II. Ziele linker Energiepolitik**

69

70 **1. Für eine zukunftsfähige Energiepolitik**

71

72 Der **globale Klimawandel** mit regional sehr unterschiedlichen Wirkungen wird naturbedingt verursacht
73 durch Sonnenaktivität, Windströmungen und Meeresströmungen.

74 Etwa seit dem Ende der 60iger Jahre des vorigen Jahrhunderts gibt es wissenschaftliche Überlegungen,
75 die das Handeln des Menschen für gravierende Entwicklungen des Klimas verantwortlich machen, ohne
76 das dazu bisher auch nur eine einzige schlüssige Beweisführung erbracht wurde.

77 Leider haben Medien aber auch interessierte Kreise der Industrie und deren Lobbyisten in der Politik es
78 verstanden, mit dem Schüren von Zukunftsängsten – vor allem in Deutschland – weite Schichten der
79 Bevölkerung für diese Theorien und Behauptungen empfänglich zu machen. Es muss der Partei DER
80 LINKEN daran gelegen sein, realistische Betrachtungen zur Basis des energiepolitischen Handelns zu
81 machen. Allein die Behauptung, dass der Mensch mit seinem Handeln in der Lage wäre die Temperaturen
82 der Erdatmosphäre zu beeinflussen, zeigt die Absurdität, mit der die Menschen beeinflusst und für zum
83 Teil den Interessen der Menschen entgegenstehende Entwicklungen gefügig gemacht werden.

84 Die auf Ressourcenschonung und steigende Effizienz bei der Energienutzung abzielende Strategie der
85 LINKEN kann darauf die einzig sozial-ökologische Antwort sein. Denn mit der Minimierung der Eingriffe in
die Umwelt und natürliche Prozesse wird eine ideologiefreie Politik sowohl für Menschen und Umwelt am
ehesten vorangetrieben.

86 Die Forschung und Entwicklung sowohl auf neuen Entwicklungspfaden als auch auf den Sektoren der
87 heute schon bekannten Energiequellen und -trägern ist stärker voranzutreiben.
88 Die renommierten Forschungszentren in Freiberg, Zittau und Rossendorf sind auszubauen.
89
90

91 **2. Sächsische Energiepolitik als eigenständiger Beitrag für Ziele der Europäischen Union (EU) und** 92 **des Bundes**

93 Die sächsische Energiepolitik muss die von der Europäischen Union und vom Bund festgelegten
94 Zielvorgaben berücksichtigen und einen angemessenen **eigenständigen Beitrag** leisten. Das
95 beschlossene Klimaschutz- und Energiepaket der Europäischen Union von 2009 nimmt alle
96 Mitgliedsländer in die Pflicht und gibt verbindliche Ziele vor. Bis 2020 sollen 20% weniger CO₂ emittiert,
97 der Energieverbrauch um 20% gesenkt und der Anteil regenerativer Energien am Energieverbrauch auf
98 20% im Vergleich zu 1990 gesteigert werden. **Deutschland** hat im Klimaschutzpaket I **bis 2020** folgende
99 **Ziele** festgeschrieben: **18% Anteil regenerativer Energien am Endenergieverbrauch, 30% beim**
100 **Stromanteil und 40% CO₂-Emissionsminderung.**

101
102 Ein Kabinettsbeschluss der Landesregierung vom 3.3. 2009 zum Aktionsplan „Klima und Energie“ gibt
103 folgende Ziele für Sachsen vor: Regenerative Energien sollen von einem heutigen Anteil von rund 14 %
104 auf einen Anteil von 24 % am Bruttostromverbrauch bis 2020 ausgebaut und CO₂ bis dahin im Vergleich
105 zum Basisjahr 1990 um 52 % reduziert werden.¹ Sie sollen zugleich von regionalen Energie- und
106 Klimaschutzkonzepten untersetzt werden.

107 Mit diesen Zielvorgaben berücksichtigt die Landesregierung die spezifischen Bedingungen in Sachsen.
108 Das Reduktionsziel von 52 % liegt zwar anscheinend über den Bundeszielen. Bei genauerer Betrachtung
109 ist das aber die Folge der Deindustrialisierung. Noch immer verharrt die sächsische Staatsregierung auf
110 dem Standpunkt, bei der Reduktion von CO₂ seit 1990 das Gros mit der weitgehenden
111 Deindustrialisierung und dem Neubau von Braunkohlekraftwerken bereits erbracht zu haben und nimmt
112 den wieder wachsenden Anstieg der CO₂-Emissionen billigend in Kauf.
113 Unabhängig von der gegenwärtigen CO₂-Diskussion, der sich DIE LINKE nicht verschließen kann und darf
114 ist es das Ziel unserer Strategie, für die Bevölkerung und die Industrie Energie bedarfsgerecht und ohne
115 weitere finanzielle Belastungen bereitzustellen.
116

117 **3. Schonung und Sicherung der Rohstoffressourcen**

118
119 Mittelfristig ist die fast ausschließlich energetische Nutzung der Braunkohle durch eine stofflich
120 orientierte Verwertung dieses Rohstoffes abzulösen. Dieser eigene heimische Rohstoff kann in
121 erheblichem Maße langfristig zur Stabilisierung der Strompreise, wie auch der Preise für chemische
122 Produkte beitragen. Damit muss er in der energiepolitischen Strategie für Sachsen eine wesentliche Rolle
123 spielen. Diesem Fakt ist raumplanerisch, sowohl auf Landes- als auch auf regionaler Ebene Rechnung zu
124 tragen. Die Sicherung des Zugangs zu den in Sachsen vorrätigen Rohstoffen, auch für künftige
125 Generationen, hat daher nicht nur energiepolitisch oberste Priorität. Aktuell steht die maximale
126 Ausnutzung erschlossener Lagerstätten an. Ein durch marktwirtschaftliche oder Individual- und
127 Gruppeninteressen begründetes Verhindern der Nutzung einzelner Lagerstattenteile muss grundsätzlich
128 verhindert werden.

129 In diesem Sinne muss sich DIE LINKE in die durchaus kontroversen Diskussionen einbringen.
130
131

132 **4. Ehrgeizige Ziele für Ausbau regenerativer Energien und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK)**

133
134 Im Jahr 2007 hatten die regenerativen Energien an der Bruttostromerzeugung in Sachsen nach dem
135 Landesamt für Statistik einen Anteil von 7,6 %. Die größten Anteile hierzu trugen die Windkraft, die feste
136 Biomasse, die Wasserkraft und Biogas bei. Für die Nutzung fossiler Energieträger wird als
137 Brückentechnologie die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) favorisiert. Durch sie sind höhere Wirkungsgrade
138 als in reinen Kondensationskraftwerken zu erzielen.

139 KWK-Anlagen trugen im Jahr 2007 mit 11,1 % zur Stromerzeugung bei.

140
141 Für den Transformationsprozess auf dem Weg zu einer Stromerzeugung aus einem optimalen Energiemix
142 strebt DIE LINKE bis 2020 an, den Anteil von KWK-Anlagen an der Stromerzeugung zu erhöhen. Das
143 Ersetzen alter durch neue Windkraftanlagen (Repowering) birgt enormes Potenzial. Die Linke Sachsen
144 wirbt in der öffentlichen Meinungsbildung in der Bevölkerung für den notwendigen
145 Transformationsprozess des bisherigen Energiesystems. Zugleich soll der Ausbau von kleineren Kraft-
146 Wärme-Kopplungsanlagen forciert werden, wofür Sachsen gute Voraussetzungen hat und zu den
147 führenden Ländern Dänemark, Finnland und den Niederlanden aufschließen kann. Ein größerer Anteil
148 regenerativer Energien an der Strom- und Wärmeerzeugung muss mit dem Ausbau flexibler Speicher
149 verbunden sein.

150

151 **5. Industrie der regenerativen Energien und Strukturwandel der Wirtschaft für zukunftsfähige** 152 **Arbeitsplätze**

153

154 Mit dem Umbau des Energiesystems hat sich bereits eine ganz **neue Industriebranche** im Bereich
155 **regenerativer Energien in Sachsen** etabliert. Sie wird vor allem von Zulieferern und Dienstleistern
156 geprägt. Rund die Hälfte der Unternehmen ist in der Teilbranche Biomasseenergie tätig. Als eine
157 Ausnahme gilt dabei die Photovoltaikindustrie, die mit der gesamten Wertschöpfungskette – vom
158 Rohstoff über die Fertigung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) bis zum Recycling – in Sachsen
159 vertreten ist. Allein **19 Unternehmen** sind in der Herstellung von PV-Anlagen engagiert und **10**
160 **Unternehmen** als Zulieferer. In der Windanlagenproduktion gibt es leider keinen finalen Produzenten.
161 Dafür sind **13 Unternehmen** Zulieferer für wichtige Baugruppen und Komponenten sowie **24**
162 **Dienstleister** tätig. In allen diesen Unternehmen wurde ein erstaunlicher Zuwachs an Arbeitsplätzen
163 generiert. Allein in der Photovoltaikindustrie entstanden mit Datenerhebung 2008 insgesamt
164 4 230 Arbeitsplätze und im Bereich Biomasse 1 550 Arbeitsplätze. Insgesamt sind bis 2009 in der
165 Branche der regenerativen Energien 8 990 Arbeitsplätze direkt entstanden. Um eine langfristige stabile
166 Beschäftigungspolitik zu erreichen und gleichzeitig in Wirtschaft Sachsens eine feste Grundlage zu
167 geben, ist der Erhalt der ca. 15000 direkten und indirekten Arbeitsplätze der Braunkohlenindustrie in
168 Sachsen ebenso wichtig. Hierbei zählt vor allem, dass der Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze ohne
169 staatliche Subventionen oder sonstige Fördermaßnahmen erfolgen kann, während die Schaffung der für
170 Sachsen so wichtigen neuen Arbeitsplätze mit zum Teil bis zu 100.000 Euro Unterstützung erkauf
171 werden muss. Der sozial-ökologische Umbau der Energiewirtschaft erfordert deshalb die Umschulung
172 und Vermittlung der Beschäftigten in neue Arbeitsplätze. Dies ist vor allem Aufgabe der Unternehmen,
173 die die neuen Arbeitsplätze schaffen. Dabei sind sie durch staatliche Institutionen und Fördermaßnahmen
174 zu unterstützen.

175

176

177 **6. Transformation zentraler Energieerzeugung und -versorgung in dezentrale Strukturen und** 178 **Übertragungsnetze in öffentliche Hand**

179

180 DIE LINKE. Sachsen verfolgt mit dem Ausbau **dezentraler Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen**
181 zugleich die **Entflechtung** der Monopolstrukturen. Dabei wird nicht vergessen, dass eine reine Autarkie
182 der Energieversorgung nicht im Interesse der Entwicklung stabiler Netzversorgungssysteme und der
183 Wirtschaftsentwicklung insgesamt ist. Die Förderpolitik dazu ist auf ihre volkswirtschaftliche
184 Sinnfälligkeit zu überprüfen. In diesem Transformationsprozess können **kommunale**
185 **Energieunternehmen in öffentlicher Hand** und **Kraftwerksbetreiber von einzelnen Bürgern, von**
186 **Bürgergemeinschaften und Genossenschaften** eine wichtige Funktion übernehmen. Zentrale und
187 dezentrale Erzeugungsanlagen müssen sich innerhalb des Energiemixes ergänzen und in ihrem
188 Zusammenwirken eine optimale Versorgungssicherheit für die Bevölkerung und die Wirtschaft sichern.
189 Die Sozialverträglichkeit der daraus resultierenden Kosten zwingt zum gezielten Handeln bei der Auswahl
190 für dezentrale Anlagen. Dazu ist eine Netzgesellschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu
191 gründen.

192

193 Für den Umbau der Stromwirtschaft ist das **Netz** das Nadelöhr. Daher muss der Umbau des
194 Energiesystems von Investitionen in eine **nachhaltige Netzinfrastruktur**, in ein **intelligentes**
195 **Netzmanagement** und in den Ausbau von **Speicherkapazitäten** begleitet sein. Hierzu gehören die
196 Übertragungsnetze in die öffentlich-rechtliche Hand, um allen Anbietern einen **diskriminierungsfreien**
197 **Zugang zu den Netzen** zu garantieren.

198
199

200 **7. Die Funktion der Kommunen beim Umweltschutz und beim Umbau des Energiesystems**

201

202 Die **Kommunen** sind wichtige **Akteure**, in der Energieerzeugung und -versorgung, beim
203 Energieverbrauch und bei der Verbesserung der Energieeffizienz. Die kommunalen Stadtwerke haben im
204 Vertrauen auf den gesetzlich geregelten Ausstieg aus der Atomenergie in den letzten Jahren Milliarden in
205 den Ausbau von hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen auf Erdgasbasis investiert, um die
206 Grundlastversorgung mit diesen flexiblen kleineren Kraftwerken zu garantieren. Der Spekulation, dass die
207 Bürger, öffentliche Einrichtung und ortsansässige Unternehmen, die wesentlich über den
208 durchschnittlichen Börsenpreisen liegenden Erzeugungskosten tragen, ist sofort Einhalt zu gebieten.
209 Die kommunalen Energieunternehmen in Städten und Gemeinden haben die Aufgabe, die Kommunen zur
210 Einsparung von Energie in Gebäuden und Einrichtungen, bei der Beschaffung von Material und bei der
211 Gestaltung von Satzungsrechten sowie die Bürgerinnen und Bürgern zu beraten. Im Rahmen des
212 „**Aktionsplanes Klima und Energie des Freistaates Sachsen**“ können die Kommunen in dieser
213 Angelegenheit von der **Sächsischen Energieagentur** (SAENA) Dienstleistungen abrufen und
214 Investitionen in Umweltschutz und Energieeffizienz von der Sächsischen Aufbaubank im Rahmen eines
215 speziellen **Förderprogramms** gefördert werden.

216

217 Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN in Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen ergreifen
218 **politische Initiativen, um Umweltschutz- und Energieeffizienzkonzepte vor Ort** voran zu bringen.
219 Hierfür sind die Einführung des Qualitätsmanagementsystems und Zertifizierungsinstrumentes – der
220 European Energy Award geeignet. In Sachsen wurden bereits 9 Städte und Gemeinden damit
221 ausgezeichnet, 25 weitere Kommunen sind im Verfahren. Darunter die Großstädte Leipzig und Chemnitz.

222

223 Die sich in kommunaler Hand befindenden **Stadtwerke** sollen beim langfristigen **Umbau des**
224 **Energiesystems eine tragende Rolle** übernehmen. Indem sie selbst Kooperationen mit anderen
225 Kommunen eingehen und lokale bzw. regionale Energieversorgungskonzepte verfolgen. Die
226 Sozialverträglichkeit der daraus resultierenden Energiepreise und die ein stabiles Netz begründenden
227 Faktoren müssen dabei zwingend Beachtung finden.

228

229

230 **8. Mittelfristige Kostensenkung für Energiegewinnung und -versorgung auf Basis regenerativer** 231 **Energien**

232

233 Die Unternehmen in der Braunkohleenergiewirtschaft unterliegen dem CO₂-Emissionshandel. Ab 2013
234 müssen die Energieunternehmen die CO₂-Verschmutzungsrechte zu 100% ersteigern, was enorme
235 zusätzliche Kosten in der Braunkohleenergiewirtschaft verursacht. Nach Berechnungen verschiedener
236 Institute werden auch die Kosten für Investitionen in den Umbau des Energiesystems bis 2020 ansteigen.
237 Die gesetzlich aufgezwungenen Vergütungen für die Einspeisung der regenerativer Energien werden auch
238 bei degressiver Entwicklung der spezifischen Vergütungen durch den massiven Zubau von neuen Anlagen
239 bis über 2030 hinaus einen weiteren Beitrag zur Kostensteigerung leisten.

240 Wirtschaftsexperten sind derzeit völlig unterschiedlicher Meinung über die Energiepreisentwicklung bis
241 2020 und darüber hinaus. Eine umfassende und transparente Offenlegung der Auswirkungen einzelner
242 Maßnahmen im Energiesektor auf Energiepreisentwicklungen ist zwingend notwendig, um die
243 erforderlichen Handlungsstrategien ableiten zu können.

244

245

245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283

9. Bezahlbare und sichere Versorgung mit Energie für alle Menschen

Das Verbrauchsverhalten von Menschen orientiert sich sowohl am Angebot, vor allem aber am Strom- und Gaspreis.

Deshalb fordert DIE LINKE für einen unbefristeten Übergangsprozess Maßnahmen zur Stabilisierung und Kontrolle der Energiepreise:

- die kartellrechtliche **Entflechtung dieser Konzerne** von ihren regionalen und städtischen Beteiligungen,
- den Zwang zum Verkauf von Kraftwerkskapazitäten,
- die Schaffung einer **öffentlich-rechtlichen Netzgesellschaft** zwischen Bund, Ländern und Kommunen, - die Verschärfung der **Transparenz und Aufsichtskontrolle** an der Leipziger **Energiebörse**,
- die sofortige **Überprüfung der preistreibenden Förderkriterien des Erneuerbare-Energien-Gesetz**
- die sofortige **Wiedereinführung der staatlichen Preisgenehmigungspflicht** für Energie zur Versorgung der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher.

Strom, Gas, Öl und Wärme müssen für alle Bürger ein bezahlbares Gut bleiben. Die Anreize zum effektiven Einsatz von Energie im Haushalt dürfen nicht zu wirtschaftlichen Engpässen der Bürger führen. Deshalb fordert DIE LINKE zu allererst existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse, die letztendlich die Basis für einen sozial ökologischen Umbau der Energiewirtschaft sind.

DIE LINKE. Sachsen fordert:

- Optimierung der Stromerzeugung aus Regenerativen Energien und KWK- Anlagen bis 2020
- Umstellung der Stromerzeugung in Sachsen auf die Erfordernisse Deutschlands und Europas bei Ausschöpfung aller bis dahin verfügbaren Potentiale. Einstieg in die Kopplung von stofflicher Nutzung und Braunkohleverstromung bis spätestens 2030.
- Sicherung von Braunkohlenlagerstätten für künftige Generationen und optimale Ausschöpfung der Lagerstätten in denen aktiver Braunkohlentagebau betrieben wird.
- Entwicklung der CCS –Technologie als Quelle der Bereitstellung von CO₂ für die Chemieindustrie
- Ausbau der Netzinfrastruktur
- Entflechtung des Energiemonopols
- Übergabe der Netze in die öffentliche Hand
- Keine Stromabschaltungen aus sozialen Gründen- sozialverträgliche Strompreise
- Im Rahmen des Strukturwandels Umschulung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Entscheidung des Parteitag

Angenommen:

Abgelehnt:

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____